

HAUKE JAGAU
REGIONSPRÄSIDENT

Region Hannover
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover

Telefon 0511 616-22182-84
Fax 0511 616-22599
E-Mail HAUKE.JAGAU@region-hannover.de
www.hannover.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Herrn Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise
Frankenstr. 210
90461 Nürnberg

Hannover 28.07.2016

Sehr geehrter Herr Dr. Weise,

Ich wende mich heute an Sie, um Ihnen vom Scheitern der Abschiebung der Familie [REDACTED] zu berichten, die im engen Zusammenhang mit der Verfahrenspraxis der Außenstelle Bremen über die Bearbeitung von Wiederaufnahmeanträgen zu stehen scheint. Ihre Zeichen: 6783396-499 und 6783497-499. Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport erhält eine Durchschrift dieses Schreibens.

Familie [REDACTED] wurde bereits in Bulgarien der Flüchtlingsstatus zuerkannt bzw. subsidiärer Schutz gewährt, sodass Ihr Asylantrag im Bundesgebiet als unzulässig abgelehnt und ihr die Abschiebung nach Bulgarien angedroht wurde.

Wie Sie dem diesem Schreiben beigefügten Vermerk entnehmen können, scheiterte die erste Abschiebung am massiven Widerstand der Familienangehörigen gegen die eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen.

Die daraufhin mit sehr hohem personellen und finanziellen Aufwand eingeleitete erneute Abschiebung scheiterte ausnahmslos daran, dass die Außenstelle in Bremen den unmittelbar nach dem ersten Abschiebungsversuch eingeleiteten Wiederaufnahmeantrag erst nach 6 Wochen - und zwar am Tag der zweiten Abschiebung - zugunsten der Familie beschied.

Die geschilderte Verfahrensweise der Außenstelle Bremen lässt zunächst die Frage aufkommen, aus welchen Gründen sich die Außenstelle Bremen für die Bearbeitung des Wiederaufnahmeantrags örtlich zuständig fühlte. Darüber hinaus erschließt sich mir nicht, weshalb auf Anfragen meines Teams Zuwanderung keine aussagekräftige Reaktion der Außenstelle erfolgte, jedoch auf Intervention des Verfahrensbevollmächtigten am Tag der mit großen Anstrengungen geplanten zweiten Abschiebung unverzüglich eine Entscheidung getroffen wurde.

Auch vor dem Hintergrund, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die für eine Abschiebung eingesetzten polizeilichen Kräfte auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem BAMF und deren Außenstellen angewiesen sind, aus der sich ein gewisses Maß an Planungssicherheit ergeben sollte, bitte ich, mir eine Stellungnahme zum Sachverhalt und zu den aufgeworfenen Fragen zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Müller
Hauke Jagau 